



Temporärer Zuwanderungsboom: Weckruf für die Politik?

28. Juli 2014

David Folkerts-Landau
Group Chief Economist

Editoren

Gilles Moec
Head of European Economic Research

Barbara Böttcher
Head of European Policy Research

Stefan Schneider
Chief German Economist

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Research
Frankfurt am Main
Deutschland
E-Mail: marketing.dbr@db.com
Fax: +49 69 910-31877

www.dbresearch.de

Deutschland ist als Zuwanderungsland wieder die Nr. 1 in Europa und hinter den USA die Nr. 2 unter den OECD-Ländern. Im Jahr 2013 lag die Nettozuwanderung bei 437.300 Personen – dem höchsten Wert seit 20 Jahren. Im Jahr 2009 war der Wanderungssaldo noch negativ.

Diese Trendwende geht auf die Krise in den Peripherieländern der EWU und den Beginn der Freizügigkeit für die 10 osteuropäischen Länder zurück, die der EU 2004 und 2007 beigetreten waren. Die Nettozuwanderung aus den Peripherieländern stieg auf 85.300 im Jahr 2013, was für einen optimalen Währungsraum aber nach wie vor nicht ausreichend ist.

Nicht nur die Anzahl, auch die Qualifikation der Immigranten stieg. In der letzten Dekade verdoppelte sich der Anteil der Hochschulabsolventen nahezu auf 43% (einheimische Deutsche: 28%). Das verstärkt den positiven Effekt auf die Wirtschaft.

Immigranten sind angesichts der hohen Arbeitsnachfrage, Mismatch-Probleme und v.a. zur Milderung des demographischen Gegenwinds hoch willkommen. Ohne erhöhte Zuwanderung würde die Bevölkerung bis 2060 um etwa 20% schrumpfen. In bedeutenden Industriezweigen wie IKT, Maschinenbau und Fahrzeugtechnik ist bereits heute der Fachkräftemangel ein Problem.

Temporär dürfte die erhöhte Zuwanderung das Potentialwachstum um 0,4%-Punkte erhöhen und das Lohnwachstum dämpfen. In den Jahren 2014 und 2015 wird die Zuwanderung das Arbeitsangebot um über 300.000 p.a. auf etwa 45 Mio. erhöhen. Trotz hoher Qualifikation und Flexibilität dürfte die Arbeitszeit und die Produktivität der Zuwanderer gegenüber Einheimischen durch Anlaufschwierigkeit zunächst geringer sein. Wenn die Immigranten allerdings Deutschland wieder verlassen, senkt dies das Potentialwachstum wieder auf die ursprüngliche Rate. Die Erhöhung des Arbeitsangebots senkt das Lohnwachstum aktuell um mindestens 0,2%-Punkte.

Die erhöhte Zuwanderung dürfte die negativen Beschäftigungseffekte der Einführung des Mindestlohns und der Rente mit 63 temporär konterkarieren. Dafür ist eine möglichst gute Integration der Zuwanderer notwendig, bspw. die einfachere und schnellere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen.

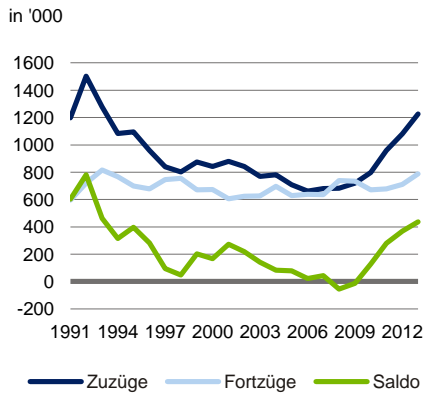
Mit der Erholung in den Peripherieländern dürfte die Zuwanderung von dort abebben und der Bedarf des alternden Deutschlands für Arbeitskräfte aus Drittländern steigen. Der nur temporäre und aus den Peripherieländern von Push-Faktoren getriebene Immigrationsboom sollte daher als Weckruf dienen. Deutschland muss dafür sorgen, stärker von Pull-Faktoren getriebene Zuwanderung anzuziehen. Dies wäre mit einer auf die Qualifikation ausgerichteten Immigrationspolitik und höherer Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und der Unternehmensebene möglich.



Temporärer Zuwanderungsboom: Weckruf für die Politik?

Grenzüberschreitende Wanderungen in Deutschland 1991 - 2013

1

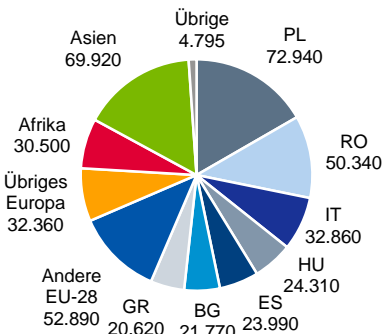


Quelle: Statistisches Bundesamt

Nettozuwanderung nach Deutschland 2013

2

Insgesamt 437.300



Quelle: Statistisches Bundesamt

Deutschland wieder Einwanderungsland Nr. 1 in Europa

Nach längerer Durststrecke v.a. im vergangenen Jahrzehnt hat die Zuwanderung nach Deutschland seit dem Jahr 2010 kräftig zugelegt. 2013 wanderten 437.300 Personen mehr nach Deutschland zu, als von hier fortzogen. Damit liegt Deutschland als Zuwanderungsland wieder an erster Stelle in Europa und hinter den USA an zweiter unter den OECD-Ländern. Noch 2009 und 2008 war der Wanderungssaldo mit -12.800 und -55.700 negativ.

Kräftiger Wanderungsschub durch Eurokrise

Die Trendwende reflektiert die Krise in der Peripherie der Eurozone sowie die verspätete Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Personen aus den 2004 und 2007 der EU beigetretenen mittelosteuropäischen Ländern. Die Krise in den südwesteuropäischen Ländern Griechenland, Irland, Italien Portugal und Spanien, den GIIPS, hat dort eine Abwanderungswelle einst zugezogener Personen aus Südamerika und Südosteuropa sowie zuletzt vermehrt von Einheimischen ausgelöst. Dabei hat Deutschland als Ziel v.a. auch der abwandernden Staatsbürger der GIIPs zunehmend an Bedeutung gewonnen, wenn auch von einem sehr niedrigen Startniveau. 2013 wanderten netto 85.300 Personen aus den fünf Ländern in Deutschland zu. Die meisten davon aus Italien.

Die Veränderung der Wanderungsströme im Eurogebiet hängt eng mit den asymmetrischen Folgen der Krise für die nationalen Arbeitsmärkte zusammen. Während in den vergangenen Jahren in Deutschland die Beschäftigung zugelegt hat und sich die Arbeitslosigkeit nahe der Tiefstände der letzten 20 Jahre bewegt, ist die Arbeitslosigkeit in der Peripherie kräftig gestiegen. Mit zuletzt 26,8% sb. (März) bzw. 25,1% (Mai) ist die Arbeitslosenquote v.a. in Griechenland und Spanien nach wie vor ein Vielfaches höher als in Deutschland (5,1%, Mai).

Wanderungen helfen bei der Anpassung

In dieser Lage ist Abwanderung aus den krisengeschüttelten Ländern der Peripherie ein Ventil zur Entlastung der Arbeitsmärkte dort. In Deutschland hilft sie, Engpässe auf dem seit vier Jahren anziehenden Arbeitsmarkt zu verringern. Allerdings sind die Wanderungsströme trotz zunehmender Dynamik für einen optimalen Währungsraum noch viel zu gering. Ohne diese Wanderungen wäre die Arbeitslosigkeit in der Peripherie aber noch höher.¹

Verspätete Arbeitsmarktöffnung nach Osten weiterer Schubfaktor

Die zweite und quantitativ bedeutsamere Quelle der jüngsten Zuwanderung sind die mittel- und osteuropäischen Länder, die 2004 bzw. 2007 der EU beitraten. Deutschland hat seinen Arbeitsmarkt für Personen aus diesen acht bzw. zwei Ländern bekanntlich erst mit jeweils siebenjähriger Verzögerung im Mai 2011 bzw. zum Januar 2014 geöffnet. Bereits im Vorfeld der Marktöffnungen setzte eine kräftige Zuwanderung aus dem Osten nach Deutschland ein. Diese wurde durch die Krise in Südwesteuropa akzentuiert. Die Krise hat die zuvor erheblichen Wanderungsströme aus Mittelosteuropa in den Südwesten des Kontinents ins Zentrum umgelenkt. Dieser Effekt war umso stärker, weil in den letzten Jahren eine nennenswerte Zahl von Südosteuropäern wegen der ungünstigen

¹ S. Bräuninger, Dieter (2014). The dynamics of migration in the euro area. Deutsche Bank Research. EU Monitor, European Integration. Juli 2014.

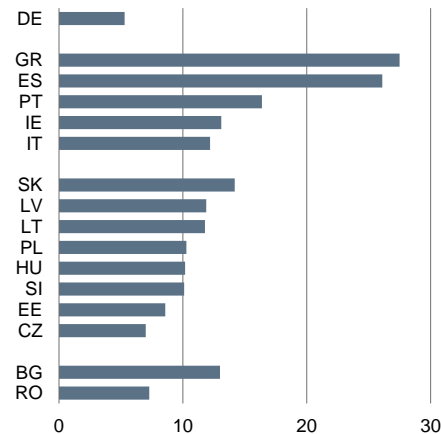


Temporärer Zuwanderungsboom: Weckruf für die Politik?

Arbeitsmarktlage in den Peripherieländern der EWU besonders angespannt

3

Arbeitslosenquote (%; 2013)



Quellen: Eurostat, Deutsche Bank Research

Arbeitsmarktlage in der südwestlichen Peripherie bereits wieder in ihre Heimat zurückgekehrt war. 189.400 Personen zogen im vergangenen Jahr netto aus den 10 Ländern nach Deutschland zu. Die größte Gruppe waren Polen, gefolgt von Rumänen.

Unterschiedliche Wandermotive

Aus den beiden Hauptherkunftsgeländern Südwest- und Mittelosteuropa stammen zusammen fast 63% der Zuwanderer. Aus der EU insgesamt sind es mehr als zwei Drittel. Auch wenn es sich dabei primär um Arbeitsmigranten handelt, liegen der Abwanderung jeweils unterschiedliche Motive zugrunde. So dürfte die Abwanderung aus Mittel- und Südosteuropa, wo die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren vielerorts nicht so stark gestiegen ist wie in Südwesteuropa, in starkem Maß durch die großen Lohnunterschiede gegenüber Deutschland bedingt sein. Hingegen steht bei den Neuanrücklingen aus Südwesteuropa eindeutig die Vermeidung der Arbeitslosigkeit im Vordergrund.

Zuwanderer sind jung und weit besser qualifiziert als früher

Die Zuwanderung in früheren Einwanderungsphasen – Gastarbeiteranwerbung bis 1973, Familienzusammenführungen bis Ende der 1980er Jahre, 1990er Jahre Zustrom von Spätaussiedlern und politischen Flüchtlingen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs – führte zu doppelt negativer Selektion, bei der eher gering Qualifizierte in Deutschland einwanderten, während eher höher Qualifizierte wieder auswanderten, die sich sogar über die Phasen verstärkte. Die Integration von geringer qualifizierten Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt wurde in den vergangenen Jahrzehnten allerdings immer schwieriger, da die Nachfrage nach Arbeitskräften mit geringer Qualifikation infolge der zunehmenden Globalisierung und der verdrängenden Effekte infolge des technologischen Wandels immer weiter zurückging.

Im Gegensatz dazu liegt bei der seit 2010 andauernden Immigrationsphase eine positive Selektion der Immigranten vor. Der Anteil der Hochschulabsolventen hat sich in der vergangenen Dekade auf zuletzt rund 43% nahezu verdoppelt.² Er liegt damit deutlich über dem der deutschen Bevölkerung (28%). Die Bildungsabschlüsse sind allerdings häufig qualitativ nicht vergleichbar, nicht zuletzt wegen der Besonderheit des deutschen Ausbildungssystems. Spiegelbildlich dazu hat sich der Anteil der geringer Qualifizierten (ohne abgeschlossene Berufsausbildung) im genannten Zeitraum von 41% auf 22% nahezu halbiert. Unter den deutschen Staatsbürgern beträgt dieser Anteil indes nur 11%.

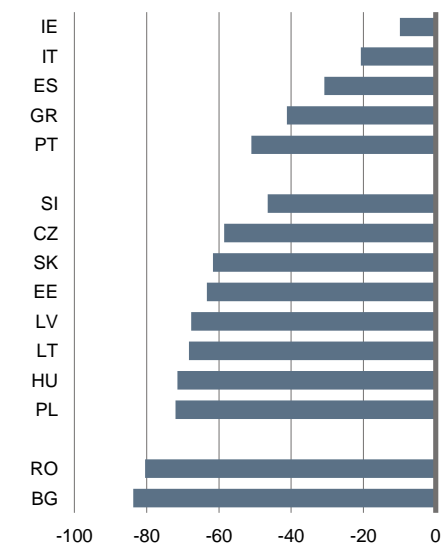
Allerdings bestehen beim Qualifikationsniveau länderspezifische Unterschiede. So liegt der Anteil der Hochqualifizierten unter den Migranten aus Bulgarien und Rumänien mit 25% zwar ähnlich hoch wie in der deutschen Bevölkerung. Aber der Anteil von Personen ohne Bildungsabschluss ist in dieser Gruppe mit 35% ebenfalls relativ hoch. Verglichen damit ist die Qualifikationsstruktur der Zuwanderer aus Südwesteuropa homogener.

Üblicherweise zeichnen sich die Zuwanderer durch ihre günstige Altersstruktur aus. Die Zuwanderer aus den europäischen Partnerländern sind im Durchschnitt erst 28 Jahre alt. Damit wirkten sie wie eine Verjüngungskur für das alternde Deutschland. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung insgesamt beträgt hier etwa 44 Jahre.

Abstand der verfügbaren Einkommen gg. Deutschland für osteuropäische Länder relativ hoch

4

% (Durchschnitt der letzten 5 Jahre)



Quellen: Eurostat, Deutsche Bank Research

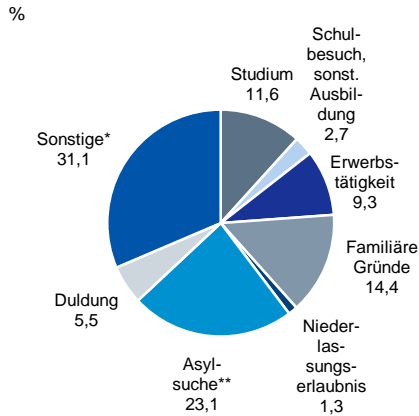
² S. Brücker, Herbert (2014). Profitiert Deutschland von der Arbeitsmarktmigration in der EU? Daten, Fakten und Analysen. Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.). Dossier Welcome to Germany I - Fachkräftemigration und Willkommenskultur. Juni 2014. S. 16f. sowie die dort angegebene Literatur.



Temporärer Zuwanderungsboom: Weckruf für die Politik?

Zuzüge Drittstaatsangehöriger nach Aufenthaltszwecken 2013

5



* Familienzusammenführung, Asyl u.a.
** Humanitäre, politische u. völkerrechtl. Gründe
Quelle: Ausländerzentralregister

Höheres Qualifikationsniveau durch neuen Herkunftsländermix und vermehrte Arbeitsmigration

Das erhöhte Qualifikationsniveau reflektiert einen deutlichen Wandel der Struktur der Zuwanderung, der neben der Eurokrise auch aus institutionellen Veränderungen resultiert. Bis in die zweite Hälfte des vergangenen Jahrzehnts hinein bewegte sich die Zuwanderung aus EU-Partnerländern über viele Jahre auf niedrigem Niveau. Die Einwanderung aus Drittländern, zu denen damals – zumindest mit Blick auf die migrationsrechtlichen Rahmenbedingungen – auch die mittelosteuropäischen Länder gehörten, war durch den Stopp der Anwerbung von Arbeitskräften von 1973 geprägt. Die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte hatte dementsprechend nur eine nachgeordnete Bedeutung. Stattdessen dominierten die Familienzusammenführung und humanitäre, politische und völkerrechtliche Gründe (Asylsuche) als Wandermotive. Diese spielen bei der Zuwanderung aus Drittstaaten nach wie vor eine nennenswerte Rolle. In den letzten Jahren haben hier aber der Aufenthalt zum Zweck einer akademischen Ausbildung und zuletzt auch die Arbeitsmigration an Gewicht gewonnen.

Insgesamt gibt es für die verbesserte Qualifikation der Zuwanderer im Wesentlichen vier Gründe:

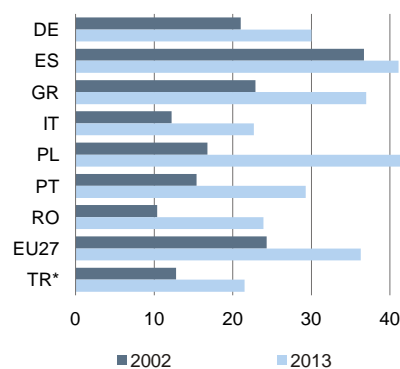
1. Ein generell höheres Bildungsniveau in den Herkunftsländern

Die enorme Bildungsexpansion der vergangenen Jahrzehnte schlägt sich auch bei den Wanderungen nieder. So nahm der Anteil von Personen mit tertiärem Bildungsabschluss in der EU-27 allein von 2002 bis 2013 um 8%-Punkte auf 25,4% zu. In der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen, also der Gruppe mit einer besonders hohen Wanderungsbereitschaft, stieg dieser Anteil sogar um 12%-Punkte auf 36,3%.

25- bis 34-Jährige mit tertiärer Ausbildung

6

Anteil an der Altersgruppe, %



* 2006 u. 2013

Quelle: Eurostat

2. Die Verschiebung der Wanderungsströme durch die Eurokrise

Im Gefolge der Eurokrise hat die Zuwanderung aus EU-Partnerstaaten zum ersten Mal seit längerem wieder größere Bedeutung erlangt. So kamen 2013 rd. 20% der Zuwanderer (netto) aus den GIIPs. Diese Personen sind überwiegend gut qualifiziert.

3. Die Aufhebung der Zugangssperren für Arbeitskräfte aus den mittel- und südosteuropäischen EU-Partnerländern

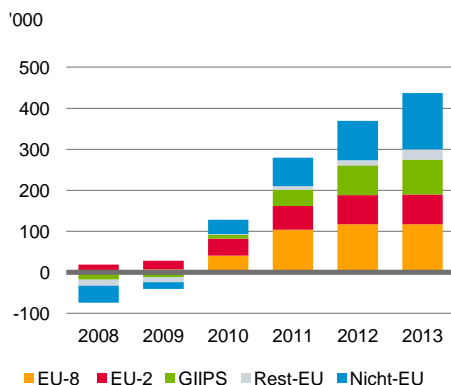
Durch die Aufhebung der Zugangssperren änderte sich der rechtliche Status für Arbeitskräfte aus den mittelosteuropäischen EU-Partnerländern. Sie unterliegen seit der Arbeitsmarktöffnung im Mai 2011 bzw. Januar 2014 nicht länger dem Anwerbestopp, sondern genießen nun das Recht der Freizügigkeit in der EU. In der Folge stieg die Zahl der (abhängig) Beschäftigten aus den 10 Ländern allein von April 2013 bis April 2014 um 148.900 bzw. 27,4%. Dabei legte bei den Personen aus Rumänien und Bulgarien die Zahl der Beschäftigten absolut sogar stärker zu als die Zuwanderung, da bereits in Deutschland lebende eine Arbeit aufnahmen. Vor der Marktöffnung beschränkte sich die Kräftezuwanderung aus Mittel- und Osteuropa im Wesentlichen auf Saisonarbeitskräfte mit relativ geringem Qualifikationsniveau.

4. Die Modernisierung des Rechts für Zuwanderung aus Drittländern

Seit 2005 hat Deutschland das Zuwanderungsrecht v.a. für Hochqualifizierte aus Drittstaaten schrittweise liberalisiert. Diese Akademiker erhielten unter zunächst sehr restriktiven Bedingungen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Im Laufe der Zeit hat der Gesetzgeber die Restriktionen aber mehr und mehr ge-

Nettozuwanderung nach Deutschland nach Herkunftsregionen

7



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bank Research

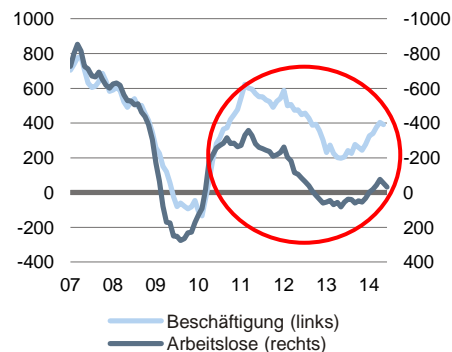


Temporärer Zuwanderungsboom: Weckruf für die Politik?

Kräftiger Beschäftigungsaufbau durch erhöhte Nettozuwanderung seit 2010

8

Veränderung gg. Vj. (Tausend Personen)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bank Research

lockert. So wurde der Grundsatz, dass aus Drittstaaten selbst Hochqualifizierte nur Stellen übernehmen können, für die es keinen geeigneten Bewerber aus dem Inland oder EU-Partnerländern gibt, das sogenannte Vorrangprinzip, aufgeweicht. Zudem wurde die Grenze für das jährliche Arbeitsentgelt, das Arbeitgeber entrichten müssen, damit eine Stelle für ausländische Akademiker geöffnet wird, wiederholt reduziert. Den Abschluss fand diese Entwicklung mit der Umsetzung der „EU Blue Card“-Initiative im Sommer 2012. Seitdem ist die Vorrangprüfung für zugewanderte Akademiker sowie für deren Ehepartner entfallen. Die Höhe des Mindestarbeitsentgeltes (2014: EUR 47.600)³ entspricht nun in etwa dem Akademikergehalt in unteren (Eingangs-)Stufen des höheren öffentlichen Dienstes, liegt aber weiterhin deutlich über den durchschnittlichen Bruttolöhnen von etwa EUR 31.000. Des Weiteren wurden Restriktionen für die Betätigung Selbständiger aus Drittstaaten abgebaut. Diese müssen inzwischen keine Mindestinvestitionen mehr leisten. Darüber hinaus erfolgte eine Liberalisierung des Zugangs nicht akademischer Fachkräfte zu bestimmten Mangelberufen.

Diese Verbesserungen schlagen sich bei der Zuwanderung indes erst sehr begrenzt nieder. So wurde 2013 insgesamt 62.900 Drittstaatsangehörigen eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit erteilt. Allerdings reisten davon 2013 nur 28.750 Personen nach Deutschland ein. Das Gros von 34.160 Personen kam schon vor 2013 ins Land.

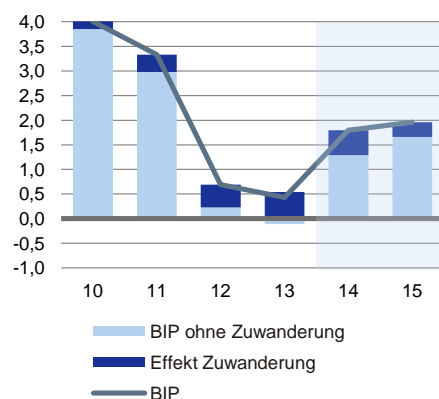
Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften gut für Deutschland

Die Zuwanderung von jüngeren und höher qualifizierten Arbeitskräften seit dem Jahr 2010 wirkt besonders positiv, da die Flexibilität in diesem Arbeitsmarktsegment relativ hoch ist. Da sich Zuwanderer und einheimische Arbeitskräfte eher komplementär zueinander verhalten, profitieren einheimische Arbeitskräfte mittelfristig von höheren Löhnen und geringerer Arbeitslosigkeit, und der negative Effekt auf bereits in Deutschland arbeitende Ausländer ist bei der Zuwanderung von höher qualifizierten Arbeitskräften relativ gering.⁴

Signifikanter Wachstumseffekt durch Zuwanderung

9

% gg. Vj.



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bank Research

Signifikanter Wachstumseffekt durch erhöhte Nettozuwanderung seit 2010

Die erhöhte Nettozuwanderung führte zu einem kontinuierlichen Anstieg der Erwerbspersonenzahl seit dem Jahr 2011. Der kumulierte positive Wanderungssaldo liegt seit 2010 bei 1,2 Millionen Personen, was den Großteil der Divergenz des kräftigen Beschäftigungsaufbaus zu dem nur moderaten Abbau der Arbeitslosigkeit erklärt.

Dieser kräftige Anstieg der Beschäftigung durch die Zuwanderung hatte seit 2010 einen signifikanten Effekt auf das Wachstum der deutschen Wirtschaft. Wie hoch dieser Beitrag ist, kann über die Zerlegung der Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in die Veränderung der Erwerbstätigkeit, der Arbeitszeit pro Erwerbstätigen und der Stundenproduktivität bestimmt werden. Die positive Selektion der Immigrantengruppe seit 2010 dürfte die Integration in den Arbeitsmarkt gefördert haben. Aufgrund des fehlenden länderspezifischen Wissens, wie z.B. Kenntnisse über spezielle Eigenschaften des Arbeitsmarktes, Sprachkenntnisse und Unternehmensgepflogenheiten, haben Immigranten zum Einwanderungszeitpunkt jedoch üblicherweise eine geringere Produktivität als In-

³ Bei Erteilung einer Blauen Karte EU an Naturwissenschaftler, Mathematiker, Ingenieure, IT-Fachkräfte und Ärzte gilt eine Gehaltsgrenze von EUR 37.128.

⁴ Brücker, H.; Jahn, Elke J. (2011). Migration and wage-setting: reassessing the labor market effects of migration. In: The Scandinavian Journal of Economics, Vol. 113, Nr. 2, S. 286-317.

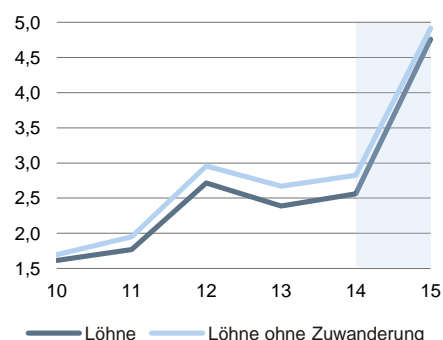


Temporärer Zuwanderungsboom: Weckruf für die Politik?

Nettozuwanderung dämpft
Lohnwachstum etwas

10

% gg. Vj.



Etwa die Hälfte des erwarteten Lohnanstiegs 2015 geht auf die Einführung des Mindestlohns von EUR 8,50 zurück.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Deutsche Bank Research

länder. Bei erfolgreicher Integration in den Arbeitsmarkt reduziert sich der Produktivitätsrückstand mit jedem zusätzlichen Aufenthaltsjahr im Gastland.⁵ Ebenfalls ist die Arbeitszeit der Immigranten im Durchschnitt geringer.⁶ Zwischen den Jahren 2010 und 2013 geht damit etwa 1/5 des durchschnittlichen Wachstums von etwa 2% auf den positiven Effekt der Zuwanderung zurück. Rein rechnerisch ergibt sich aus einer ausschließlich angebotsseitigen Perspektive, dass das BIP ohne Zuwanderung im vergangenen Jahr sogar leicht geschrumpft wäre, anstatt um 0,4% zu expandieren.

Zudem wirkt die Zuwanderung bei der guten Situation des deutschen Arbeitsmarktes und aufgrund des anfänglich deutlich negativen Lohnabstands der Ausländer dämpfend auf das Lohnwachstum. Unsere Berechnungen ergeben, dass der Lohnanstieg ohne Zuwanderung mindestens 0,2%-Punkte höher gewesen wäre.⁷

Deutlich erhöhte Nettozuwanderung dürfte mittelfristig sinken

Die noch lange nicht ausgestandene Eurokrise und die nach wie vor schwache Konjunkturerholung in der Eurozone mit anhaltend hohen Arbeitslosenquoten in den Herkunftsländern dürften dafür sorgen, dass die Zuwanderung aus den Peripherieländern für einen längeren Zeitraum anhalten dürfte. Nach dem Beginn der Freizügigkeit für die osteuropäischen Länder (2011/2014) verließen die wanderungswilligsten, die typischerweise jünger und höher qualifiziert sind, frühzeitig ihre Heimatländer. Nach diesem Anfangseffekt dürfte sich die Wanderung allerdings in den nächsten Jahren deutlich reduzieren.

Wir gehen davon aus, dass im Jahr 2014 die Nettozuwanderung insgesamt erneut bei über 400.000 Personen liegen und im Jahr 2015 auf etwa 250.000 fallen dürfte. Die Einführung des Mindestlohnes wird im Jahr 2015 die Arbeitsnachfrage deutscher Unternehmen, insbesondere in der Landwirtschaft und der Gastronomie, nach gering qualifizierten ausländischen Arbeitskräften reduzieren und damit die Zuwanderung dämpfen. Im Jahr 2014 dürften damit etwa 1/3 des erwarteten Wachstums von 1,8% und im Jahr 2015 etwa 15% des Wachstums von 2% auf die erhöhte Nettozuwanderung zurückgehen. Mittelfristig erwarten wir, dass die Nettozuwanderung auf 100.000 Personen pro Jahr zurückgeht, da die Erholung in den Peripherieländern der Eurozone nach und nach für ein Abflachen der Zuwanderung und für eine Rückkehr eines Teils der Immigranten in ihre Heimatländer führen dürfte. Das Wachstum dürfte dann entsprechend schwächer ausfallen.

⁵ Chiswick, B. R. (1978). The Effect of Americanization on the Earnings of Foreign-born Men. *Journal of Political Economy*, Vol. 86 Nr. 5, S. 897-921. Borjas, G. J. (1994). The Economics of Immigration. *Journal of Economic Literature*, Vol. 32, Nr. 4, S. 1667-1717.

⁶ Für die grobe Abschätzung des Anteils der Erwerbstätigen sowie der Arbeitszeit und Produktivität der Zuwanderer ggü. Inländern wurde auf Zensus-Daten des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen. Der negative Lohnabstand der jüngeren Alterskohorte (und soweit verfügbar aus EU-Ländern) wurde als grobe Näherung für den Produktivitätsrückstand verwendet. Danach liegen der Anteil der Erwerbstätigen an den Zuwanderern bei 75% und der Lohnnachteil bei 25%. Die Arbeitszeit der Ausländer ist aufgrund der unterschiedlichen Beschäftigtenstruktur um etwa 5% geringer.

⁷ Der Effekt wird anhand unserer Lohngleichung, die die Tariflohnentwicklung anhand der Entwicklung der Kerninflation, der Produktivität und der Arbeitslosenquote erklärt, berechnet. Es wird unter Vernachlässigung von Mismatch-Problemen berechnet, um wieviel die Arbeitslosenquote gefallen wäre, wenn die zusätzliche Beschäftigung nicht über Zuwanderung, sondern über die Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt stattgefunden hätte. Zudem dürften die niedrigen Einstiegsgehälter der Zuwanderer den durchschnittlichen Lohnanstieg eines Jahres dämpfen.

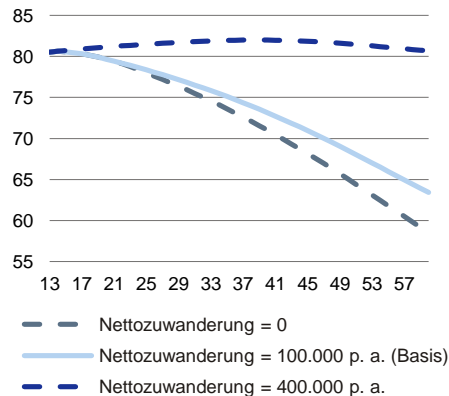


Temporärer Zuwanderungsboom: Weckruf für die Politik?

Zuwanderung dürfte mittelfristig wieder sinken und Bevölkerung schrumpfen

11

Millionen Personen

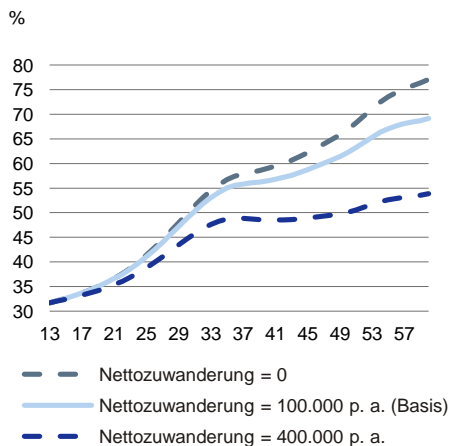


Annahmen:
1) Geburtenrate 1,4
2) Lebenserwartung bis 2055:
Männer +7,2, Frauen +6,6 Jahre

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bank Research

Altenquotient (65+/15-64J) steigt auch bei hoher Zuwanderung weiter an

12



Annahmen:
1) Geburtenrate 1,4
2) Lebenserwartung bis 2055:
Männer +7,2, Frauen +6,6 Jahre

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bank Research

Negative Auswirkungen der Mindestlohneinführung und des Rentenpakets teilweise verdeckt

Die erhöhte Nettozuwanderung wird wahrscheinlich dafür sorgen, dass die negativen Effekte der beschlossenen Reformen der großen Koalition teilweise verdeckt werden.

Die Einführung des Mindestlohns von EUR 8,50 im Jahr 2015 dürfte mittelfristig einen negativen Beschäftigungseffekt in Höhe von 800.000 Personen zur Folge haben. Die gute Konjunkturlage und die erhöhte Nettozuwanderung von höher qualifizierten Arbeitskräften dürften allerdings dafür sorgen, dass anhand der Beschäftigungsentwicklung die negativen Auswirkungen nicht direkt ersichtlich sind.⁸

Dank Zuwanderung dürfte die Zahl der Erwerbspersonen trotz steigender Frühverrentungen vor allem von Facharbeitern infolge der Rente mit 63 weiter steigen. Zudem werden die negativen Effekte auf die Rentenversicherung durch steigende Beiträge von den Immigranten teilweise verdeckt.

Erhöhte Nettozuwanderung kann enorme demographische Herausforderung nur abmildern

Die temporär deutlich erhöhte Zuwanderung und der weiter positive Wanderungssaldo werden die enormen demographischen Herausforderungen leicht abmildern. Die Bevölkerung dürfte bis 2060 um etwa 20% schrumpfen, der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung sich auf 20% in etwa verdoppeln und der Altenquotient (65+/15-64J.) von etwa 30% auf rund 70% steigen. Selbst bei einem (unrealistischen) Alternativszenario einer konstant hohen Nettozuwanderung von 400.000 Personen bis zum Jahr 2060, würde zwar die Bevölkerung in etwa konstant bleiben, der Ausländeranteil allerdings auf 40% und der Altenquotient auf etwa 55% steigen. Dies würde zwar das umlagefinanzierte deutsche Rentensystem entlasten, aber eine wohl nur schwer handhabbare Herausforderung für die Integrationspolitik darstellen.

Aktuelles Hoch: Weckruf für die Politik?

Der deutliche Anstieg der Zuwanderung ist zu begrüßen. Deutschland wird befristet nennenswert vom jüngsten Wanderungsschub profitieren. Die Wanderung erfolgt primär in den Arbeitsmarkt. Dementsprechend erhält die deutsche Wirtschaft nennenswerte Konjunktur- und Beschäftigungsimpulse. Diese werden vorerst selbst die negativen Folgen verfehlter wirtschaftspolitischer Weichenstellungen wie des Mindestlohnes und der Rente mit 63 überdecken. Die von manchen geäußerten Sorgen vor wachsenden Problemen einer Armutsmigration werden weder durch unsere Berechnungen noch durch Zuwanderungsfakten gestützt.

Aber das aktuelle Hoch ist kein Grund für wirtschaftspolitische Selbstzufriedenheit, sondern sollte als Weckruf verstanden werden. Die dynamische Zuwanderung aus dem Südwesten und dem Osten der EU ist Sonderfaktoren zu verdanken. Sie reflektiert v.a. die schwierige wirtschaftliche Lage in den Partnerländern und weniger eine gesteigerte Attraktivität Deutschlands. Nach dem jüngsten Schub wird sich der Trend nicht fortsetzen, sondern sich voraussichtlich schon im laufenden Jahr wieder umkehren.

Das alternde Deutschland bleibt daher auf Zuwanderung von Arbeitskräften von außerhalb der EU angewiesen. Darauf ist Deutschland noch zu wenig einge-

⁸ Siehe Peters, H. (2014). Mindestlohn von EUR 8,50 je Stunde: Große Koalition auf dem Holzweg. Deutsche Bank Research. Ausblick Deutschland. 4. Juni 2014.



Temporärer Zuwanderungsboom: Weckruf für die Politik?

stellt. Vieles ist zu tun, damit das Land mehr Fachkräfte anzieht. So wurde zwar der rechtliche Rahmen insbesondere für die Zuwanderung von Akademikern deutlich liberalisiert, aber es besteht weiterhin Verbesserungsbedarf. So sollten auch Akademiker aus Drittstaaten Zutritt erhalten, wenn sie hier nur ein Gehalt in Höhe des durchschnittlichen Arbeitsentgeltes (rd. EUR 31.000 p.a.) erhalten. Generell fragwürdig ist, dass das Zuwanderungsrecht am Vorhandensein eines Arbeitsvertrages festhält. Zudem ist es zu komplex. Die vielfältigen Regelungen sind sowohl für Zuwanderungswillige aus Drittstaaten als auch für kleinere und mittlere Unternehmen hierzulande als potentielle Arbeitgeber kaum zu durchschauen. Vereinfachte Regeln wie Auktionen für Einwanderungszertifikate v.a. zur Steuerung befristeter Zuwanderung und ein Punktesystem für dauerhafte Zuwanderung wären die bessere Alternative zum vorhandenen Regelungs-dickicht.

Angesichts des weltweiten Wettbewerbs um kluge Köpfe werden aber selbst liberale Zuwanderungsregeln nur bedingt nutzen, wenn die hohe Abgabenlast nicht reduziert wird. Der hohe Abgabenkeil von 49,3% zwischen Arbeitskosten und Nettolohn von (ledigen) Durchschnittsverdienern passt nicht zu den Erfordernissen eines Einwanderungslands. Deutschland gibt damit in der OECD neben Belgien das ungünstigste Bild ab. Viele Hochqualifizierte machen deshalb einen Bogen um das Land.

Wenn Deutschland für ausländische Fachkräfte attraktiver sein soll, darf auch die Sprachbarriere nicht mehr so hoch sein. So sollten sich v.a. auch kleinere und mittlere Unternehmen vermehrt darauf einstellen, englischsprachige Fachkräfte zu beschäftigen.

Wichtig ist es auch, bereits zugewanderte Kräfte effizient einzusetzen. Dazu bedarf es etwa weiterer Verbesserungen bei der Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen – auch bei der Einstellungspraxis der Unternehmen. Es geht aber auch um weniger gut qualifizierte Kräfte. Diesen hat die Politik mit dem Mindestlohn aber einen Bärendienst erwiesen.

Zuwanderung kann einiges zur Verminderung von Engpässen am Arbeitsmarkt beitragen. Sie ist aber kein Allheilmittel gegen die aus dem demographischen Wandel resultierenden Verwerfungen am Arbeitsmarkt, bei der Alterssicherung und im Gesundheitswesen. Strukturreformen für mehr Flexibilität bei Beschäftigungsverhältnissen, für höhere Erwerbsquoten Älterer und von Frauen mit Kindern, eine weitere Erhöhung des (tatsächlichen) Renteneintrittsalters und für mehr private Vorsorge im Sozialbereich bleiben daher auf der Tagesordnung.

Dieter Bräuninger (+49 69 910-31708, dieter.braeuninger@db.com)

Heiko Peters (+49 69 910-21548, heiko.peters@db.com)

© Copyright 2014. Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Research, 60262 Frankfurt am Main, Deutschland. Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die vorstehenden Angaben stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht. Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden. Die Meinungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen von der Deutsche Bank veröffentlichten Dokumenten, einschließlich Research-Veröffentlichungen, vertreten werden. Die vorstehenden Angaben werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird keine Gewähr übernommen.

In Deutschland wird dieser Bericht von Deutsche Bank AG Frankfurt genehmigt und/oder verbreitet, die über eine Erlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht verfügt. Im Vereinigten Königreich wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG London, Mitglied der London Stock Exchange, genehmigt und/oder verbreitet, die in Bezug auf Anlagegeschäfte im Vereinigten Königreich der Aufsicht der Financial Services Authority unterliegt. In Hongkong wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Hong Kong Branch, in Korea durch Deutsche Securities Korea Co. und in Singapur durch Deutsche Bank AG, Singapore Branch, verbreitet. In Japan wird dieser Bericht durch Deutsche Securities Limited, Tokyo Branch, genehmigt und/oder verbreitet. In Australien sollten Privatkunden eine Kopie der betreffenden Produktinformation (Product Disclosure Statement oder PDS) zu jeglichem in diesem Bericht erwähnten Finanzinstrument beziehen und dieses PDS berücksichtigen, bevor sie eine Anlageentscheidung treffen.

Druck: HST Offsetdruck Schadt & Tetzlaff GbR, Dieburg